

Arbeitsgruppe prekäre Arbeitsverhältnisse

Seit wir von der Landesregierung eine juristische Stelle finanziert erhalten, melden sich vorwiegend rumänische und bulgarische Arbeitnehmer aus der Fleisch- und Transportbranche. Da wir landesweit der einzige Hilfeverein sind, der einen Juristen beschäftigt, werden die Klienten auch nahezu landesweit von anderen Unterstützungsvereinen an uns verwiesen, ebenso wie auch die Vereine selber sich mit Rechtsfragen an uns wenden.

Die Probleme sind vielfältig; hier kurz einige Beispiele:

Die Klienten meldeten sich ursprünglich bei uns, weil Urlaub nicht bezahlt wurde. Nachdem wir den Arbeitgeber angeschrieben und aufgefordert hatten, das Urlaubsgeld zu zahlen, kam auch das Geld über. Nur weil wir dann auch die Korrektheit der Zahlung überprüfen wollten und deshalb auch die Lohnabrechnung anforderten, fanden wir heraus, dass als Miete für ein Zimmer in einem Einfamilienhaus, in dem die anderen Zimmer ebenfalls an Arbeiter vermietet waren, 350,00 € verlangt und vom Lohn abgezogen wurden, und das von jedem der beiden Ehegatten, insgesamt also 700,00 € für ein Zimmer. Da sich dann der Arbeitgeber auf weiteres Drängen von uns nicht mehr meldete, schalteten wir die zuständige Staatsanwaltschaft ein, die jetzt ein Strafverfahren wegen Mietwuchers und Betrugs gegen den Arbeitgeber führt.

In einem weiteren Fall konnten wir zwar juristisch nicht weiterhelfen, aber durch Kontakte zu anderen Organisationen doch noch eine einigermaßen befriedigende Lösung finden:

Die Klienten leben seit 07/20 in Deutschland und arbeiten bei der Zeitfirma. Sie arbeiten im Standort Emsdetten als Lagermitarbeiter. Im Juni mussten sie ihre Tochter aus Rumänien holen, da sie dort nicht mehr betreut werden konnte.

Der Arbeitgeber war auch der Vermieter und erlaubte keine Kinder. Er verlangte die Kündigung der Wohnung von den Klienten. Sie sollten zum 20.09.21 ausziehen. Ihnen wurde gesagt, wenn sie nicht selber kündigen würden, müssten sie ausziehen und trotzdem weiter Miete zahlen.

Das Ehepaar bewohnt ein Zimmer in einer Wohnung mit zwei anderen Ehepaaren und jeder von ihnen zahlt pro Monat 300,-€, also 600,-€ für ein Zimmer!!!

Leider haben die Klienten die Kündigung der Wohnung, so wie ihnen gesagt wurde, unterschrieben.

Leider ist die Familie zu spät zu uns gekommen. Wir hätten von einer Eigenkündigung auf jeden Fall abgeraten. Eine Kündigung durch den Vermieter mit der Begründung, Kinder seien in dem Haus nicht gestattet, wäre auf jeden Fall unwirksam gewesen.

Trotz aller Bemühungen hatte das Ehepaar noch keine neue Wohnung gefunden.

Wir haben dann Kontakt zu der Caritas in Ibbenbüren aufgenommen. Sie haben bei der Hilfe der Vermittlung der Wohnung unterstützt (die Caritas haben der Familie ein Handy zur Verfügung gestellt und Wohnungsvermittlung).

Die Familie wohnt jetzt in der neuen Wohnung in Emsdetten, die Tochter geht inzwischen dort zur Schule und das Ehepaar arbeitet in Emsdetten nicht mehr bei der Zeitarbeitsfirma sondern bei der Firma, in der sie eingesetzt waren.

Ein Fall ging sogar durch das Fernsehen und wurde in „Frontal 21“ vorgestellt:

Der Klient rief uns an und bat um Hilfe.

Er arbeitete zu dieser Zeit in Harsewinkel.

Nachdem er positiv auf Corona getestet worden war untersagte ihm der Arbeitgeber, das Gesundheitsamt einzuschalten. Der Klient verständigte trotzdem das Gesundheitsamt. Daraufhin war die Vermieterin sehr erbost. Nachdem das Gesundheitsamt gegangen war, wurde der Klient und sein Kollege zusammengeschlagen und verletzt zusammen mit den persönlichen Gegenständen förmlich vor die Tür geworfen.

Es wurde dann unsererseits die Polizei gerufen, die kam, allerdings keine großen Ermittlungen im Hause anstellte. Die Polizei rief dann allerdings den Krankenwagen. Der Krankenwagen brachte die beiden Verletzten ins Krankenhaus. Dort verweigerte man eine Aufnahme mit der Begründung, sie könnten keine ordnungsgemäße Krankenversicherung vorweisen. Die beiden Klienten wurden dann im Krankenwagen notdürftig versorgt und wieder auf die Straße gesetzt. Erneut bei der Polizei angerufen erklärte diese, man habe die beiden an den Krankenwagen übergeben, dieses sei nicht mehr Ihrer Angelegenheit. Mittlerweile war es Nacht geworden und die Temperaturen gingen nahe Null Grad. Unsere Versuche, über die Caritas in Gütersloh irgendwelche Unterbringungsmöglichkeiten zu erhalten, scheiterten am Interesse und der Kooperationsbereitschaft der Caritas.

Schließlich erklärte sich eine entfernte Bekannte der beiden bereit, diese nur für eine Nacht aufzunehmen.

Am nächsten Tag versuchte dann das ZDF direkt bei der Stadtverwaltung, für Unterkunft zu sorgen. Schließlich bequeme sich die Bürgermeisterin der Stadt Harsewinkel vor die Tür. Der Erfolg war, dass die beiden in der Obdachlosenunterkunft zunächst einmal unterkamen.

Leider mussten wir in diesem Fall feststellen, dass vor Ort eine Hilfe praktisch nicht möglich war. Wir mussten aus dem nahezu 50 km entfernten Lengerich anreisen und über mehr als eine Woche versuchen, die ganze Angelegenheit zu steuern. Die anderen Hilfsorganisationen (leider insbesondere auch die Caritas Gütersloh) erwiesen sich als Totalausfall. Es war für uns ein Glück, dass wir als „Booster“ das ZDF hatten, dass der Sache wenigstens einigermaßen Gewicht verlieh.

Ergänzt wird die Tätigkeit unseres Vereins noch dadurch, dass Herr Rechtsanwalt Körner im Rahmen des kollegialen Praxisaustausches im landesweiten Netzwerk gegen Arbeitsausbeutung, veranstaltet von der landeseigenen GiB (Gesellschaft für innovative Beschäftigungsförderung) regelmäßig mehrstündige landesweite Schulungen und Fortbildungen, betreffend arbeitsrechtliche Fragen in den prekären Arbeitsverhältnissen abhält.